

# Abschaffung der steuerbilanziellen Abzinsung von Verbindlichkeiten – Viertes Corona-Steuerhilfegesetz

Mai 2022

Der Bundestag hat am 19. Mai 2022 dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf des Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Viertes Corona Steuerhilfegesetz) auf Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zugestimmt. Durch den Finanzausschuss wurde nunmehr die Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG aufgenommen, welche die Abschaffung der steuerbilanziellen Abzinsung von Verbindlichkeiten zur Folge hat.

## Allgemeines

Der Finanzausschuss des Bundestags hat in der letzten Woche in das Vierte Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Viertes Corona-Steuerhilfegesetz) eine Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG aufgenommen.

Das Ergebnis der Änderung ist, dass die bisherige Regelung zur Abzinsung von Verbindlichkeiten entfällt. Bislang waren Verbindlichkeiten mit einem Zinssatz von 5,5 Prozent abzuzinsen, sofern sie nicht unter den Ausnahmetatbestand fielen. Ausgenommen wurden bislang Verbindlichkeiten, die am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von unter zwölf Monaten hatten, sowie verzinslich waren oder auf einer Anzahlung bzw. Vorausleistung beruhten.

Mit Hinblick auf das seit Jahren im Euroraum anhaltende Marktzinsniveau (Absenkung des Refinanzierungszinssatzes durch die EZB auf 0 Prozent) hat die Regelung für die Praxis eine hohe Bedeutung. Insbesondere bei Kreditinstituten fielen zwecks langfristiger Refinanzierung aufgenommene Verbindlichkeiten zunehmend in den Anwendungsbereich der Norm.

Zwar reagierte die Finanzverwaltung auf die offensichtlichen Friktionen am 29.3.2019 durch ein BMF-Schreiben, welches die drängendsten Anwendungsprobleme lösen sollte (IV C 6 – 2175/07/10001:003 NV). In vielen Fällen hielten die Diskussionen insbesondere im Rahmen

von Betriebsprüfungen jedoch an. Dies sollte nunmehr ein Ende habe.

## Folgeänderung

Unverändert bleibt die bilanzsteuerliche Behandlung von Rückstellungen. Da jedoch bislang § 6 Abs. 1 Nr. 3a lit. e EStG auf die Ausnahmeregelungen des § 6 Abs. 1 Nr. 3 S. 2 EStG verwiesen hat, wird nunmehr der Regelungsgegenstand unmittelbar in § 6 Abs. 1 Nr. 3a aufgenommen.

## Anwendungsregelung

Die Anwendungsregelung sieht vor, dass die Neuregelung erstmals für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2022 enden, anzuwenden ist. Betroffene Verbindlichkeiten sind nach dem Wegfall der Abzinsungsverpflichtung grundsätzlich mit dem Nennwert anzusetzen. Insoweit entstehen unmittelbar durch den Wegfall der Regelung bei betroffenen Verpflichtungen Betriebsausgaben. Für bereits in vorangegangenen Wirtschaftsjahren passivierte Verbindlichkeiten ergibt sich eine Gewinnminderung in Höhe des bisherigen Abzinsungsvolumens.

Weiterhin ist eine formlose Antragsmöglichkeit vorgesehen, welche es dem Steuerpflichtigen ermöglicht auch bereits für frühere Wirtschaftsjahre (plural) auf die Abzinsung zu verzichten und betroffene Verbindlichkeiten mit

dem Nennwert anzusetzen. Dies sollte nunmehr endgültig Diskussionen im Rahmen von Betriebsprüfungen beenden.

### *Handlungsmöglichkeiten*

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie die Auflösung für die Vergangenheit durchgeführt werden könnte. Die Gesetzesbegründung sieht diese Möglichkeit für alle noch nicht bestandskräftigen Jahre vor. Zudem sollte die Antragstellung nur einheitlich für alle vor dem 1. Januar 2023 endenden Wirtschaftsjahre gestellt werden.

Die unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 Abs. 2 AO) stehenden Steuerbescheide können somit geändert werden. Einer übrigen Korrektur der Steuerbescheide im Wege einer Bilanzänderung gemäß § 4 Abs. 2 S. 2 EStG sind enge Grenzen gesetzt.

Im Rahmen einer Vorteilsanalyse sollte abgewogen werden, ob der Ansatz der Nennwerte erst in den derzeit noch abzugebenden Steuerklärungen erfolgen sollte.

Je nach Abzinsungsvolumen der vorangegangenen Wirtschaftsjahre sollte vor dem Hintergrund der bevorstehenden Zinssatzsenkung (§ 233a AO i. V. m. § 238 AO) für Erstattungszinsen erwogen werden, ob eine komplexe rückwirkende Änderung der Steuererklärungen noch als vorzugswürdig erscheint.

Für die Antragstellung ist in jedem Fall zwingend die Verkündung im Bundesgesetzblatt abzuwarten.

### *Ihr PwC Team*

Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

#### **Marcel Tschatsch Partner**

Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (89) 5790 6000  
Mobile: +49 (151) 530 20201  
marcel.tschatsch@pwc.com

#### **Tu Minh Bui Senior Manager**

Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 9585 5467  
Mobile: +49 (151) 14293782  
tu.minh.bui@pwc.com